

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 22.09.2022

Zu TOP: 9.13

Aufforderung an die Bundesregierung

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund

Vorlage: DAn 0009/2022

Herr Haack begründet den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Auf der Demonstration am 21.09.2022 sind die Ängste und Nöte der Einzelnen deutlich kommuniziert worden. Derzeit ist die Unterstützung als gering einzuschätzen. Die Folgen der aktuellen Entwicklung können in allen Bereichen verheerend sein.

Herr Haack hält es für erforderlich, dass der Bund endlich aktiv wird. Er zeigt an Beispielen anderer europäischer Staaten auf, dass eine Reaktion der Regierung erfolgen kann.

Herr Haack geht auf den eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI ein. Dieser erreicht nicht alle Bevölkerungsschichten. Er wirbt um Zustimmung zum DAn 0009/2022.

Herr Lange erklärt für die Fraktion DIE LINKE./SPD die Zustimmung zum DAn 0009/2022. Gleichwohl kritisiert er den Zeitpunkt des Einreichens des Dringlichkeitsantrages und im Kontext des Anliegens der Unterstützung der Hoteliers die Haltung der Fraktion Bürger für Stralsund zur Einführung einer Übernachtungssteuer.

Herr Haack entgegnet, dass auf der besagten Demonstration die Existenzängste in weiten Teilen der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Als Ergebnis wurde der vorliegende Dringlichkeitsantrag eingebracht. Den von Herrn Lange genannten Zusammenhang zur Übernachtungssteuer findet Herr Haack nicht nachvollziehbar.

Herr Suhr erläutert den eingereichten Änderungsantrag. Dieser verfolgt nach seiner Auffassung ein ähnliches Ziel. Den Vorwurf der Untätigkeit der Bundesregierung lehnt Herr Suhr kategorisch ab. Aus seiner Sicht ist die Energiepolitik der Regierungen der letzten Jahrzehnte fehlerbehaftet gewesen und hat eine massive Abhängigkeit von Russland erzeugt. Jetzt ist eine komplette Umstellung in verschiedenen Bereichen der Energiewirtschaft nötig.

Herr Suhr stellt klar, dass ein Ausstieg aus dem Sanktionsszenario gegen Russland keine Option ist.

Nachfolgend geht er auf die Entlastungspakete der Bundesregierung mit einem Gesamtvolumen von 95 Mrd. Euro ein.

Sollte der Änderungsantrag keine Mehrheit finden, wird sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI gegenüber dem Dringlichkeitsantrag enthalten. Herr Suhr betont, dass die Instrumente für geeignet gehalten werden, es dürfe jedoch nicht der Eindruck vermittelt werden, dass eine Umsetzung der Ziele innerhalb von wenigen Tagen möglich ist. Er verweist dahingehend auf die demokratische Entscheidungsfindung und den Föderalismus.

Herr Suhr hält abschließend fest, dass es bei allen Forderungen wichtig sei, einzuschätzen, was realistisch umsetzbar ist.

Herr Dr. Zabel stellt für die Fraktion CDU/FDP nachfolgenden Änderungsantrag:
„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Präsident und der Oberbürgermeister möchten sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass

1. Eine *unverzügliche* Einführung eines Gaspreisdeckels erfolgt.
2. Eine *unverzügliche* Einführung eines Strompreisdeckels erfolgt.
3. Die Gasumlage mit *unverzüglicher* Wirkung gestrichen wird.
4. *Der Ausbau einer unabhängigen deutschen Energieversorgung erfolgt.*

Aus Sicht der Fraktion CDU/FDP sind die Erwartungen an die Bundesregierung nicht erfüllt. Herr Dr. Zabel fasst diese Erwartungen in 4 Punkten zusammen:

1. Einfaches und nachvollziehbares Handeln.
2. Klare und einfache Botschaften, die den Bürgern Sicherheit vermitteln.
3. Vorausschauende Entscheidungen.
4. Verlässlichkeit, wenn Entscheidungen getroffen wurden.

Nach Auffassung der Fraktion CDU/FDP lässt die Bundesregierung keine klare Strategie erkennen. Das Steueraufkommen ist primär im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aufzuwenden, was nach Meinung von Herrn Dr. Zabel unzureichend geschieht.

Frau Fot äußert Kritik an der Bundesregierung und Bundeswirtschaftsminister Habeck. Aus ihrer Sicht werden aus ökonomischer Perspektive fehlerhafte Entscheidungen getroffen und Ausgaben getätigt. Sie wirft insbesondere der Partei Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene ruinöses Handeln vor.

Frau Kothe-Woywode bezieht sich auf den Aufruf zur Demonstration am 21.09.2022. Entgegen den bisherigen Redebeiträgen hat sich dieser Aufruf nicht an die Rentnerinnen und Rentner oder die Hartz-IV-Empfangenden gerichtet. Sie sieht dahingehend einen Widerspruch.

Für Herrn Adomeit ist der Ausstieg aus der Atomenergie der einzige energiepolitische Fehler der Regierung unter Angela Merkel. Anhand von Beispielen aus Schweden, Spanien und Bulgarien zeigt er auf, dass nach seiner Auffassung in Deutschland momentan die falschen energie- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen getroffen werden. Der Unmut in der Bevölkerung ist deutlich zu spüren und wächst weiter an.

Frau Quintana Schmidt stellt klar, dass auf der Demonstration am 21.09.2022 in den zahlreichen Redebeiträgen keine Bevölkerungsgruppe vergessen wurde. Die wahrgenommenen Forderungen der anwesenden Demonstranten sind in dem Dringlichkeitsantrag in drei Punkten zusammengefasst.

Frau Quintana Schmidt findet die jetzt stattfindende Diskussion nicht nachvollziehbar. Dies zeige auf, dass der Deutsche dazu neigt, mehr zu reden, als zu handeln. So geschieht es nach ihrer Meinung auch derzeit in Berlin.

Frau Quintana Schmidt ruft dazu auf, nicht weiterhin Zeit zu verlieren.

Herr Haack bestätigt, dass keine Bevölkerungsgruppe auf der Demonstration vergessen wurde. Er signalisiert als Einreicher des Ursprungsantrages Zustimmung zu den von der Fraktion CDU/FDP eingebrachten Änderungen/Ergänzungen.

In Richtung Herrn Suhr teilt Herr Haack mit, dass bereits in 11 europäischen Ländern Strom- und Gaspreisbremsen existieren. Die zu verzeichnenden Preisanstiege lassen sich auch nicht immer mit dem Krieg in der Ukraine begründen. So habe Herr Haack auch schon vor Kriegsbeginn 2,50 €/l für Diesel bezahlen müssen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Punkte 1 bis 3 werden wie folgt ersetzt:

... die Bundesregierung darin unterstützt, um die Energiekosten für Endverbraucher*innen, ausdrücklich auch für mittelständische Unternehmen, nachhaltig zu senken. Zu diesen Maßnahmen gehören neben der bereits beschlossenen Einführung eines Strompreisdeckels auch die Einführung eines Gaspreisdeckels.

Die Bürgerschaft nimmt zur Kenntnis, dass bis zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen insbesondere die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat sowie die Einbettung in europäisches Recht dazu führen wird, dass bestimmte Entlastungseffekte nicht sofort greifen können. Die Bundesregierung wird daher weiterhin dazu aufgefordert, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, denen Betriebsschließungen und Insolvenzen drohen, weil sie die hohen Energiekosten auch kurzfristig nicht tragen können, in der Übergangszeit zu entlasten und Überbrückungshilfen zu gewähren.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Nachfolgend lässt Herr Paul über den Ursprungsantrag DAn 0009/2022 einschließlich der von Herrn Dr. Zabel eingebrachten Änderungen/Ergänzungen abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Präsident und der Oberbürgermeister möchten sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass

1. Eine unverzügliche Einführung eines Gaspreisdeckels erfolgt.
2. Eine unverzügliche Einführung eines Strompreisdeckels erfolgt.
3. Die Gasumlage mit unverzüglicher Wirkung gestrichen wird.
4. Der Ausbau einer unabhängigen deutschen Energieversorgung erfolgt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-09-0965

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 04.10.2022